

Deutsche Einheit: Ein neuer Diskurs

Rolf Reißig

1. Einheit als Angleichungsdiskurs

Wie die verschiedenen Einheitsfälle der älteren und jüngeren Geschichte – z.B. von Schottland, Quebec, den Niederlanden (Belgien) über das Saarland bis Hongkong – zeigen, unterscheiden sich die Typen und Formen von Einheit beträchtlich. Einheit z.B. durch „Anschluss“, Einheit durch „Inkorporation“, Einheit durch „Zusammenschluss“, Einheit durch „Vereinigung Gleicher“. Diese spezifischen Formen von Einheit und Vereinigung implizieren bei den Beteiligten jeweils damit verbundene spezifische Erwartungen und Vorstellungen. Und auch die Maßstäbe zur Bewertung ihres Gelingens bzw. Misslingens sind vom jeweiligen Typ, von der jeweiligen spezifischen Form der Einheit geprägt. Nicht zuletzt beeinflusst der Typ der Einheit im Kontext der konkret-historischen Strukturen und der jeweiligen Strategien der Akteure auch die spezifischen Diskurse zur Einheit. Das gilt gerade auch für den deutschen Einheitsfall.

Der Weg zur und die Art und Weise der Herstellung der deutschen Einheit waren umstritten. Rechtlich betrachtet gab es zwei Wege: Einheit durch Vereinigung auf der Grundlage einer neuen Verfassung, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wird (Art. 146 GG) und die Chance zur gemeinsamen Gestaltung eines zukunftsfähigen Deutschlands eröffnete; oder Einheit durch Beitritt zum Grundgesetz (Art. 23 GG) mittels Modellübertragung auf und nachholende Modernisierung in Ostdeutschland.

Die deutsche Einheit vollzog sich dann in der spezifischen Form des *Beitritts* der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland und ihrem Grundgesetz. Dies entsprach der konkret-historischen Situation, den Vorstellungen der westdeutschen Verantwortungsträger (besonders der Bundesregierung) wie dem Mehrheitswillen der West- und Ostdeutschen.

Die Transformation Ostdeutschlands und die deutsche Vereinigung als Beitritt zu einem „Fertig-Staat“ (*ready made state*), d.h. zu einer alles in allem funktionierenden Marktwirtschaft und stabilen Demokratie wurden gemeinhin als „privilegierter Fall“ wahrgenommen und interpretiert. Denn alles, was dafür gebraucht werde, sei ja schon da und erprobt – in Westdeutschland. Die Erfolgsge-

schichte der alten Bundesrepublik sollte noch einmal wiederholt und fortgeschrieben werden. Im Osten musste sich demnach alles, im Westen brauchte sich nichts zu ändern. Die Westdeutschen wollten, dass alles so bleibt wie es ist, die Mehrheit der Ostdeutschen, dass alles so wird wie in Westdeutschland. Das Vertrauen in das bundesdeutsche Modell und sein Institutionensystem, das Vertrauen in die Strategie des Ressourcen-, Finanz-, Elitentransfers von West nach Ost war nahezu grenzenlos.

Die Transformation Ostdeutschlands und die Herstellung der deutschen Einheit waren so durch spezifische Erwartungen geprägt:

- Nach einer kurzen, etwas schmerzhaften Übergangsphase: selbsttragender Wirtschaftsaufschwung in Ostdeutschland, gleiche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.
- Wachsendes Zufriedenheits- und Zukunftspotenzial sowie rasch zunehmendes Systemvertrauen in der ostdeutschen Bevölkerung.
- Anpassung und schließlich Angleichung der Einstellungen und Werteorientierungen, der politischen Kultur der Ost- an die Westdeutschen und damit Vollendung auch der inneren Einheit.
- Die „neue“ gesamtdeutsche Bundesrepublik wird durch den Beitritt der ostdeutschen Länder die vergrößerte „alte“ sein.

Der Vergleichsgegenstand für das Gelingen der Transformation und der Einheit war in diesem Fall (logischerweise) die „Bundesrepublik alt“. Der Maßstab der Bewertung von Transformation und Vereinigung ist dann die Anpassung und Angleichung Ost an West: bzgl. der institutionellen Ordnung, der Wirtschaft, der Sozialstruktur, der Lebensverhältnisse, der politischen Kultur, der grundlegenden Einstellungen und Werteorientierungen.

Von „erfolgreicher Einheit“ kann in diesem Fall gesprochen werden, wenn dieser Angleichungsprozess – Spannungen und Konflikte eingeschlossen – voranschreitet und sein Ende auch zeitlich fixiert werden kann. Gelungen ist er dann, wenn es zur dauerhaften Integration kommt, der „äußeren“ die „innere“ Angleichung folgt und die Unterschiede zwischen dem „Beitrittsgebiet“ und dem „Hauptland“ nicht größer sind als die zwischen anderen Regionen des „Hauptlandes“ (vgl. auch Roesler 1999: 337).

Der Maßstab der Angleichung dominiert(e) die Einheitsdiskurse in den Sozialwissenschaften, in der Politik, in den Massenmedien und bildete eine wesentliche Grundlage auch der subjektiven Wahrnehmungen und Deutungen der Einheit und ihrer Ergebnisse in der Bevölkerung. Dies galt/gilt für Befürworter des gewählten Weges zur deutschen Einheit – im Prinzip aber auch für seine Kritiker.

Die Diskussion und der Streit rankten sich immer wieder um die Frage, wie weit der wirtschaftliche, soziale, kulturell-mentale Angleichungsprozess Ostdeutschlands („neue Länder“) an Westdeutschland („alte Länder“) vorangeschritten ist, ob er sich dynamisch entwickelt oder stagniert und wie lange er noch dauern wird.

Keine Frage, mit diesem Maßstab konnten und können durchaus Erfolge, vorhandene Rückstände (z.B. beim Aufbau Ost), weiter zu lösende Aufgaben benannt und kommuniziert werden. Doch nach 20 Jahren wird immer deutlicher: dieses spezifische Leitbild und diese Diskurse der Einheit, dieser dominierende Maßstab von Einheitsbewertung kollidieren immer mehr mit der Wirklichkeit. Nicht nur, dass damit die historische Bedeutung der Herstellung der Einheit verdrängt wird, sind sie auch immer weniger geeignet, Stand und Perspektiven des Vereinigungsprozesses adäquat zu erfassen. Denn der Einigungsprozess erweist sich zum einen als komplexer, konflikthafter, langwieriger und offener als 1990 angenommen. Und er ist zum anderen mit neuen Herausforderungen verbunden, die auch neue Zielvorstellungen von „gelingender Einheit“ implizieren. Der Einigungsprozess entzieht sich daher einfachen Antworten, Pauschalurteilen und klar fixierten Zeitbegrenzungen.

Auch die Bundesregierungen sind diesen Dilemmata bislang im Prinzip auf gleiche Weise begegnet: Das Ziel – Angleichung Ost an West – ist gesetzt und braucht nicht wirklich korrigiert zu werden. Korrekturen betreffen lediglich die Instrumente, die konkret zu lösenden Aufgaben, um das Angleichungsziel zu erreichen. Allein der Weg zum Ziel dauert etwas länger als angenommen. Helmut Kohl veranschlagte bis zur „Vollendung der Einheit“ 5-6, maximal 10 Jahre; Rot-Grün dann 20 Jahre; die 2009 beendete Große Koalition rd. 30 Jahre, Angelika Merkel sprach 2009 so ganz nebenbei von 40 Jahren und das DIW prognostizierte jüngst gar 60-80 Jahre bis die „ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland überwunden und die Angleichung vollzogen ist“ (DIW 2009).

Was seit längerem immer deutlicher wird, ist, dass in den Diskursen zur Einheit sich nie ernsthaft und öffentlich darüber verständigt wurde, was wir unter „Einheit“ überhaupt verstehen und was nicht, wie wir Einheit definieren und inhaltlich füllen wollen, wie wir den tatsächlichen Stand der deutschen Einheit mit welchen Maßstäben und Kriterien angemessen bilanzieren und beurteilen können. Claus Leggewie meint gar, die Frage der „Einheit wie die Kriterien ihres Gelingens sind unsauber definiert, eine Antwort also unmöglich oder beliebig“ (Leggewie 2006: 1244).

Was wir also brauchen, ist nicht nur eine kritische Bilanz der bisherigen Diskurse der deutschen Einheit, sondern ein neuer, ein realitätsbezogener und zukunftsorientierter Einheitsdiskurs. Eine solche Feststellung 20 Jahre nach Her-

stellung der staatlichen Einheit mag überraschen, entspricht m.E. jedoch den sozialen, politischen, diskursiven Erfordernissen in der heutigen deutschen Vereinigungsgesellschaft.

Dabei ist mit „neuem Einheitsdiskurs“ nicht das ganz Andere gemeint oder etwas, das erst jetzt beginnt. Denn die Einheit ist hergestellt, die Teilung Deutschlands und damit Europas beendet, die Nachkriegsgeschichte und -ordnung sind abgeschlossen. Und auch die Fortschritte bei der Entwicklung Ostdeutschlands und der Gestaltung der inneren Vereinigung sind unübersehbar. Dieser „neue Einheitsdiskurs“ beruht deshalb auf den bisherigen Ergebnissen und Erfahrungen bei der Gestaltung der deutschen Einheit, bringt diese auf den Punkt, fasst sie zusammen und entwickelt sie zugleich weiter. Diskurse sind jedoch immer gesellschaftlich und machtpolitisch eingebunden. Ein neuer Diskurs stößt daher auf institutionelle und kulturelle Hindernisse und Blockaden. Seine Zukunft als dominanter Diskurs bleibt deshalb offen.

2. Notwendige Diskurswende – Vom Angleichungs- zum Neugestaltungsdiskurs

Der nach 1990 dominierende Einheitsdiskurs vor allem als Angleichungsdiskurs hatte seine Wurzeln in dem besonderen deutschen Einheitsfall (Beitritt), den damit verbundenen strategischen Zielorientierungen der dominierenden Akteure wie auch den damaligen Annahmen, Hoffnungen und Wünschen in der Bevölkerung.

Heute wird jedoch deutlich: Das Leitbild „Deutsche Einheit“, die Vorstellungen über Ostdeutschland sowie die Maßstäbe zur Bewertung des Standes des Vereinigungsprozesses sind entsprechend den neuen Gegebenheiten weiter zu entwickeln und in mancher Hinsicht neu zu bestimmen kann: Einheit kann heute nicht mehr nur als „Beitritt“, sondern muss auch als Zusammenführung unterschiedlicher Teile, Gesellschaften, politischer Kulturen und Erfahrungen sowie als gemeinsame Gestaltung eines „neuen Deutschlands“ verstanden werden.

Für die Notwendigkeit einer Diskurswende sprechen zumindest zwei Gründe. *Zum einen:* Die Transformation Ostdeutschlands und die deutsch-deutsche Vereinigung, selbst in Form des Beitritts, erforderten und erfordern zugleich den grundlegenden Wandel der alten Bundesrepublik und die gemeinsame Gestaltung des vereinten Deutschlands zu einem neuen Deutschland entsprechend den neuen Herausforderungen, den neuen Problemlagen und neu gewonnenen Erfahrungen.

Die Übertragung eines fordistischen Wachstums-, Wohlfahrts- und Sozialmodells von West- nach Ostdeutschland mit all seinen Strukturen, Institutionen,

Regeln und Normen erfolgte zu einem Zeitpunkt, wo dessen Erfolgsgeschichte schon mehr Vergangenheit war und sich sein Reformbedarf in Westdeutschland längst abgezeichnet hatte. Diese rigide Modell- und Institutionenübertragung mochte dem damaligen Zeit- und Problemdruck entsprechen, eine adäquate Antwort auf die neuen Herausforderungen der Gesellschaftstransformation im Osten und den Reformbedarf im Westen war sie schon nicht mehr. Die Übernahme des Modells erfolgte, als die Grundlagen seines Funktionierens bereits erodiert waren. Oder anders formuliert: der deutsche Vereinigungsprozess ist weitgehend nach den Mustern und den Instrumenten organisiert worden, die sich in der alten Bundesrepublik seit den 50er Jahren bewährt hatten.

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus und die deutsche Einheit haben das Erfordernis einer grundlegenden Reform dieses fordistischen Entwicklungsmodells zeitweilig überlagert, verdeckt. In Verkenning dieser Zusammenhänge wurde in Westdeutschland im Zuge der deutschen Vereinigung jedes kritische Nachdenken über die eigene Gesellschaft verbannt. Die Bewahrung der Kontinuität und Stabilität der „alten“ und lange Zeit erfolgreichen Bundesrepublik hatte im Transformations- und Vereinigungsprozess und seinen Diskursen absoluten Vorrang. Die Furcht vor Reformen und sozialen Experimenten, vor möglichen Rückwirkungen des Ostens auf den Westen der Bundesrepublik dominierte das Handeln und die Diskurslinien der politischen Elite. Zweifellos hat dieses Muster – im Nachhinein betrachtet – die Kontinuität und Stabilität des politischen Systems der Bundesrepublik gesichert. Doch wurde so das vereinte Land zugleich gesellschaftlich und kulturell blockiert und geschwächt.

Der privilegierte Transformations- und Vereinigungsfall wurde damit zu einem Reformfall, das „Modell Deutschland“ zu einer „blockierten Moderne“. „Schuld“ daran ist nicht zuerst der Osten, ist nicht zuerst die Vereinigung, wie es in heutigen Diskursen zu hören ist, sondern der seit den 70er/80er Jahren verzögerte Umbau des reformbedürftigen Industrie-, Beschäftigungs- und Sozialstaatsmodells.

Ost und West, also die gesamtdeutsche Bundesrepublik, befinden sich an einer neuen Scheidewegsituation. Transformation Ost trifft auf Transformation West – und beide sind eng miteinander verbunden. Diese doppelte Transformation ist nur gemeinsam zu bewältigen. Langfristig lauten die zentralen Herausforderungen des Wandels im Osten und Westen der gesamtdeutschen Republik: Zukunftsfähige, d.h. soziale und ökologische Modernisierung, Innovation und soziale Gestaltung, neuer solidarischer Zusammenhalt der Gesellschaft.

In diesem Sinne stehen sowohl das (Transformations-)Projekt Ost als auch das Einheitsprojekt vor weit reichenden Herausforderungen und müssen neu definiert werden. Erforderlich ist auch ein neues gemeinsames Leitbild als Ziel- und Orientierungsgröße.

Zum anderen: Ein Einheitsdiskurs, der weiter auf ein Aufholjagd- und Angleichungsszenario setzt, dessen anvisiertes Ziel nie erreicht wird, lähmt die Kräfte und führt zu Resignation und Depression ebenso wie auf der anderen Seite Einheitsdiskurse in Form der verschiedenen Niedergangsszenarien. Beide sind – wie die bisherigen Erfahrungen belegen – in der Bevölkerung auch nur noch schwer vermittelbar.

Notwendig sind deshalb neue Einheitsdiskurse und ein evaluierender Vereinigungsansatz. Diese ignorieren keineswegs, dass hier zwei sehr unterschiedlich ausgestattete Teile bzw. Gesellschaften sich begegneten und zusammenschlossen. Sie berücksichtigen zugleich, dass in diesem Vereinigungsprozess im Grunde beide Seiten einen Transformations- und Umbruchprozess zu bewältigen haben, beide aufeinander einwirken und beide sich in diesem Prozess wandeln müssen und wandeln werden. „Einheit“ vollzieht sich dann im Ergebnis dieser sich wechselseitig bedingenden, unterschiedlichen, aber immer mehr auch gleichförmigen und schließlich zusammenführenden Wandlungsprozesse – und dies auf der Grundlage und in Weiterentwicklung solcher (im Realsozialismus ausgeschalteten) Errungenschaften der Moderne und der Aufklärung wie Rechtsstaatlichkeit und parlamentarischer Demokratie, marktwirtschaftlicher Wettbewerbsstrukturen, politischer Öffentlichkeit, ziviler Gesellschaft, Pluralismus der Wissenschaft und Kultur. Zugleich geht es heute aber auch um eine Weiterentwicklung der Moderne, um eine neue solidarische und ökologische Moderne.

In den Vordergrund rückt damit nun Einheit als „gemeinsamer, gesamtdeutscher Wandel“ und „Neugestaltung“, als „Zusammen-Wachsen“. Die Referenz- und Beurteilungsfolie von Einheit ist dann nicht mehr so sehr Auf- und Einholen, sondern Modernität und Modernisierung. Gefragt wird hier nach den institutionellen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturell-mentalenen Entwicklungs-, Innovations- und Zukunftspotenzialen in Ost und West und in den verschiedenen Regionen, nach den Handlungs- und Teilhabechancen und letztlich nach der Zukunftsfähigkeit des vereinten, neuen Deutschlands in Europa und der globalen Welt.

Beide übergreifende Referenzen und Bewertungsmaßstäbe entsprechen den neuen Bedingungen und Herausforderungen der Gestaltung der deutschen Einheit, sind zukunftsorientiert und in der Bevölkerung – wenn konkret untersetzt – besser vermittelbar. Es sind Bewertungsmaßstäbe und -kriterien, die auf Angleichung und plurale Differenzen zulassende Integration orientieren, Maßstäbe, die nicht abschließen, sondern Handlungsräume öffnen. Und statt allein quantitativer Faktoren und Zahlenvergleiche (z.B. Verhältnis Ost-West bzgl. Wachstumsraten, Verbrauch, Konsumententwicklung) rücken damit verstärkt qualitative (Teilhabe, Bildung, soziale und kulturelle Lebensqualität, Partizipation) in den Blick der Öffentlichkeit (s. dazu 3.).

Bei einer solchen Sicht auf Vereinigung als Erfordernis sozialer und innovativer Entwicklung und Zukunftsgestaltung verändert sich auch der Blick auf Ostdeutschland. Ostdeutschland ist mit einem „doppelten Umbruch“ konfrontiert – mit den Folgen der postsozialistischen Transformation und mit den Herausforderungen der postmodernen Transformation. Der Osten ist dann nicht mehr nur ein abgehängter Nachzügler („nachholende Modernisierung“), sondern kann auch Beispiel und gezwungenermaßen in mancher Hinsicht selbst Vorreiter des Wandels und der Transformation sein. Letzteres z.B. beim Umgang mit Deindustrialisierung und sozialökologischer Neuindustrialisierung, bei der Suche nach Antworten auf die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft und einer neuen Verfasstheit der Erwerbsarbeit. Solche in ganz Deutschland zu bearbeitende Phänomene sind aber auch erkennbar in dem Umgang mit einer zunehmend disparaten Regionalentwicklung, mit der zugespitzten demografischen Entwicklung (Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung) und mit der Entleerung regionaler Räume, sowie in Reorganisations- und Selbstorganisationsprozessen der Gesellschaft von unten. Vorbild „Ost“ gilt aber auch für beispielhafte Strukturen und Erfahrungen mit frühkindlicher Bildung und gemeinsamem Lernen.

Die kritische Beschäftigung mit Ostdeutschland, seinen Nach- und Vorteilen, führt damit auch hin zur Frage möglicher zukünftiger Entwicklungspfade in ganz Deutschland und zur Bewältigung neuer Umbruch- und Transformationserfordernisse in Ost und West. Der Osten könnte daher – nicht zuletzt mit seinen einmaligen Erfahrungen aus der vollzogenen, wenngleich unvollkommenen Gesellschafts-Transformation – zu einem gesamtdeutschen und europäischen Labor der sozialen und ökologischen Reform der Moderne werden.

3. Neue Maßstäbe und Indikatoren zur Bilanzierung und Bewertung der deutschen Einheit

In bisherigen Einheitsdiskursen spielten Fragen der Indikatoren und Kriterien, mit denen der Prozess der Einheit und sein Gelingen zuverlässig und angemessen bilanziert und bewertet werden können, kaum eine Rolle oder sie wurden „unsauber definiert“ und „Antworten also unmöglich oder beliebig“ (Leggewie). Wenn sich dieser Thematik geöffnet wurde, dann unter dem Aspekt der wirtschaftlichen und sozialen Angleichung Ost an West. Vordergründig ging es stets um quantitative Vergleiche: das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen, die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer, die Höhe der Renten, die Konsumausgaben, das Wohneigentum. Keine Frage, dies sind und bleiben wichtige Maßstäbe für die Beantwortung der Frage nach dem Stand und den Fortschritten des „Aufbaus Ost“.

Die Frage nach dem „Gelingen der Einheit“, nach der „Zukunft der Einheit“ ist damit aber nur begrenzt zu klären. Ein neuer Einheitsdiskurs muss sich deshalb auch den Problemen der Maßstäbe und Kriterien zur Messung und Bewertung der Einheit neu stellen.

Zu fragen ist zunächst: *Wie* kann der Vereinigungsprozess überhaupt gemessen und beurteilt werden?

Der Evaluation und Bewertung von Transformation und Vereinigung können allgemein – so der Heidelberger Politikwissenschaftler Klaus von Beyme – sowohl die „Werte des westlichen Systems“ und „die Messung ihrer Realisierung“ als auch das „Ausmaß der Erhaltung von Institutionen und Errungenschaften der DDR“ zugrunde gelegt werden oder es kann von einer „vergleichenden Betrachtung“ ausgegangen werden, die die Entwicklungspotenziale der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Institutionen in den Mittelpunkt stellt (von Beyme 1995: 55/56).

Ganz offensichtlich ist der *Vergleich* der angemessene Schlüssel zur unvoreingenommenen *Bilanzierung und Bewertung* dieses Transformations- und Einigungsprozesses. Im spezifischen Fall ostdeutscher Transformation und deutscher Vereinigung bedeutet das einen *dreifachen Vergleich*:

1. Längsschnittvergleich, d.h. Vergleich der realen Entwicklung und des aktuell erreichten Standes mit der konkret-historischen Situation 1989/90: *Vergleich zwischen Ausgangs-Zustand und Ist-Zustand*;
2. Vergleich zwischen den Entwicklungspotenzialen und Zukunftschancen der „jungen“ und „alten“ Bundesländer: *Ost-West-Vergleich*.
3. Vergleich zwischen der postsozialistischen Transformation Ostdeutschlands und den verschiedenen anderen postsozialistischen Transformationsfällen Europas bzw. zwischen dem deutschen Vereinigungsfall und den anderen historischen bzw. aktuellen Vereinigungsfällen: *Ost-Ost-Vergleich, historischer bzw. internationaler Vergleich*.

Mit dem *Wie* des Messens und Bewertens stellt sich dann sogleich aber die Frage: *Was* ist am Transformations- und Einigungsprozess zu messen, um ihn ausgewogen bilanzieren und beurteilen zu können?

Auch hier bietet sich in systematisierter Form ein Raster an, das eine objektive Verallgemeinerung der widerspruchsvollen empirischen Befunde und eine zuverlässige Bilanzierung und Bewertung des Standes und der Perspektiven von Transformation und deutscher Einheit ermöglicht. Transformation und Vereinigung können in vier unterschiedliche, aber mit einander verbundene Handlungsebenen „geschichtet“ werden. Diese sind dann durch jeweils typische Indikatoren

und Kriterien (Messlatten) zu untersetzen. Dies soll im Folgenden kurz demonstriert werden, ohne es hier im Detail ausführen und belegen zu können.

a. Der *politisch-institutionelle* Transformations- und Einigungsprozess: Die Systemintegration:

Im Mittelpunkt der bisherigen Einheitsdiskurse stand die Frage nach dem politischen Ordnungswechsel in Ostdeutschland und der Herstellung der institutionellen Gleichheit. Ohne Zweifel, zu fragen und zu untersuchen, ob und wie aus zwei entgegen gesetzten gesellschaftspolitischen Systemen und Staaten ein integriertes Staatswesen wurde, welche Konflikte dabei auftraten und auftreten, ob Integrations- oder Desintegrationstendenzen dominieren, ist für die Bewertung der Einheit und ihres Gelingens von entscheidender Relevanz. Mittels dieser Indikatoren ist belegbar, dass die staatlich-institutionelle Einheit erfolgreich hergestellt und inzwischen weiter stabilisiert wurde.

Doch für die Evaluierung einer „gelingenden Einheit“ sind weiterführende Indikatoren heranzuziehen, wie z.B.:

- Entwicklungsstand und Zukunftspotenziale des politisch-institutionellen Ordnungsrahmens, d.h. der staatlich-politischen Ordnung, der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialordnung;
- Regulations-, Orientierungs- und Integrationsleistungen der Institutionen und ihre kulturell-mentale Verankerung in der Bevölkerung.

Bei diesen Indikatoren fällt die Bilanz einer „gelingenden Einheit“ auch in politisch-institutioneller Hinsicht dann doch etwas anders aus, kritischer, auf jeden Fall problemzentrierter. Die Innovations- sowie die Orientierungs- und Integrationsleistungen des Institutionensystems sind unzureichend, seine kulturell-mentale Verankerung in der Bevölkerung ist brüchig. Eine Institutionenreform steht seit langem auf der Tagesordnung. Dies gilt im besonderen Maße für Ostdeutschland, wo die fast vollständige Adaption der traditionellen westdeutschen Institutionen, Normen, Regeln, Vorschriften zwar schnell zur raschen organisatorischen Konsolidierung Ostdeutschlands und zum Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung führte. Ihre Kompatibilität mit einer im Umbruch befindlichen Gesellschaft war jedoch gering, Blockaden im Transformationsprozess die Folge. Die Vertrauens- und Legitimationsbasis dieses institutionellen Ordnungsrahmens in der ostdeutschen Bevölkerung ist noch immer defizitär.

b. Der *wirtschaftliche und soziale* Transformations- und Einigungsprozess: Die Sozialintegration.

Bei der Sozialintegration wird gefragt nach den gleichwertigen materiell-sozialen Lebensverhältnissen und als wesentliche Voraussetzung dafür nach einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung. Das bleibt aktuell, aber die Indikatoren im neuen Einheitsdiskurs sind auch hier weiter zu entwickeln und vor allem zukunftsorientierter zu fassen:

- Wie steht es um die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik und das Innovationspotenzial sowie die Zukunftsfähigkeit der gesamtdeutschen Wirtschaft, vor allem durch ihre sozial-ökologische Modernisierung.
- Wie kann Ostdeutschland eine selbsttragende, zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung generieren, welche neuen, vor allem sozialökologischen Zukunftsfelder müssen dafür erschlossen werden.

Bei den Indikatoren sozialer Entwicklung fällt der bislang dominierende Einheits-Maßstab „Angleichung“ mit diesem von uns entwickelten evaluierenden Vereinigungsansatz nicht weg, ist aber inhaltlich selbst neu zu definieren: Angleichung verstanden vor allem als soziale Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland und den Ost- und Westdeutschen. Diese erstreckt sich nicht allein auf materielle, also ökonomische und wohlfahrtsgesellschaftliche Einkünfte, Anrechte und Leistungen. Sie beinhaltet vor allem auch gleiche gesellschaftliche und individuelle Zugangs- und Teilhabechancen – von Arbeit, Bildung, Gesundheit, Umwelt über Eigentum, Elitenrekrutierung bis öffentlicher Deutungsmacht – sowie sittliche Anerkennung von gelebten Leben, Identitäten und Eigensinn. „Soziale Einheit“ ist so ein erstrebenswertes, aber noch lange nicht erreichtes Ziel.

- Zu den Indikatoren sozialer Entwicklung gehören ganz wesentlich das subjektive Wohlbefinden und die subjektive Zufriedenheit der Menschen mit der persönlichen Lebenssituation, aber auch mit der gesamtgesellschaftlichen Situation.
- Ein wichtiger Indikator zur Evaluierung der sozialen Einheit ist schließlich die demographische Entwicklung: Bevölkerungsentwicklung, Geburtenrate, Alterspyramide, Wanderungsbewegungen, Mobilitätsfaktor.

c. Der *kulturell-mentale* Transformations- und Vereinigungsprozess: Die kulturell-gesellschaftliche Integration.

Bei der kulturell-mental Integration wird gefragt nach dem Grundbestand gemeinsamer Einstellungen, Ziel- und Werteorientierungen zwischen Ost- und Westdeutschen oder anders formuliert, ob aus dem einheitlichen „Staatswesen“ auch ein tragfähiges „Gemeinwesen“ wurde. Als Maßstäbe und Indikatoren zu dessen Evaluierung werden in aller Regel herangezogen:

- die Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zu den Institutionen;
- die wechselseitigen Ost-West-Wahrnehmungsmuster und dabei vorhandene Stereotypen, Fremdheitsgefühle, Vorurteile.
- sowie die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Einheit, der Demokratie, der Wirtschafts- und Sozialordnung.

Als Vergleichsfolie dienen die „Bundesrepublik alt“ und der traditionelle Einstellungs- und Verhaltenskodex der Westdeutschen als den „Einheimischen“ gegenüber den Ostdeutschen als den „Ankömmlingen“. Bei innerer Einheit wird in diesem Diskurs den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschen und deren Aufhebung nach westdeutschem Muster das eigentliche Augenmerk geschenkt, nicht aber der politisch-pluralistischen Einheit und der gesamtdeutschen Integration. Das ist das große Defizit der Debatte um die innere Einheit (vgl. auch Linden 2009: 311). Ein neuer Diskurs steht hier vor der Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels, denn das Problem der inneren Einheit ist nicht zuerst ein Problem der Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen, sondern der Herausbildung eines demokratischen Grundkonsenses und einer politisch-pluralistischen Einheit im neu entstehenden Deutschland (s. dazu 4.).

d. Das *vereinte Deutschland* – seine innere Verfasstheit und seine internationale Rolle: Das neue Deutschland.

Die Evaluierung des Einigungsprozesses mündet letztlich in der Frage, was für ein (verändertes) Deutschland als Folge von ostdeutscher Transformation und deutsch-deutscher Vereinigung entstanden ist. Diese Betrachtung, kritisch bilanzierend, spielt bislang in den Diskursen eine zu geringe Rolle. Indikatoren zur angemessenen Bilanzierung und Bewertung der neuen Republik werden nur selten benannt. Solche könnten im neuen Diskurs sein:

- Die veränderte Republik: Kontinuität, Diskontinuität und neue Qualität im Vergleich zur Geschichte Deutschlands und der Ausgangssituation (Bundesrepublik, DDR, Spaltung Europas) 1989/90;
- Integrations- und Desintegrationsprozesse, Stärke und Schwäche von Re-
Sezessionsbestrebungen;
- Verwestlichungs- und Veröstlichungstendenzen im vereinten Deutschland;
- Gesamtdeutsche Identitätsbildungen und -konstruktionen;
- Vom deutschen Sonderweg zur internationale Einbindung des vereinten
Deutschlands und seine neue Rolle und Verantwortung im europäischen
und globalen Kontext: Herausforderung, Gestaltungspolitik und Ergebnisse.

Transformation, Vereinigung, Einheit sind, das belegt nicht zuletzt der internationale Vergleich, langwierige, komplexe und ambivalente Prozesse, die einfache Antworten ausschließen. Doch mittels eines Koordinatensystems, das auf objektive Maßstäbe, Indikatoren, Kriterien setzt und auf einer Vergleichsperspektive beruht, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gleichermaßen einbezieht, kann ein realistisches und in der Öffentlichkeit nachvollziehbares (Gesamt-)Bild von der Einheit gewonnen und dokumentiert werden. Auch ein solches Bild kann und soll nicht den Wahrheitsanspruch für sich reklamieren und andere Urteile ausschließen. Erforderlich sind gerade verschiedene analytische und evaluative Perspektiven auf Transformation und Einheit sowie ein kritischer Einheits-Diskurs in den Sozialwissenschaften und ein öffentlicher Einheits-Dialog in der Gesellschaft.

Doch die gegenwärtig in der Diskussion dominierenden Dichotomien von Misslingen/Gelingen, Scheitern/voller Erfolg, Kolonialisierung/Befreiung und von Einheit als Angleichung oder Einheit in Distanz(ierung) könnten so schrittweise überwunden werden. Und Gleichheit bedeutet dann immer auch innerdeutsche Verschiedenheit in sozialer, kultureller und politischer Hinsicht, die inzwischen Ost- und Westdeutschland in wachsendem Maße ja tatsächlich auch verbindet. Das gilt auch für das besonders kontrovers betrachtete und beurteilte Diskursthema der „Inneren Einheit“.

4. „Innere Einheit“ – ein Perspektivenwechsel

Die Diskurse um die „Innere Einheit“ reichen bis in das Jahr 1990 zurück. Als die formal-institutionelle Vereinigung vollzogen war, diente der Begriff der „Inneren Einheit“ als Synonym für das „Zusammenwachsen“ der Deutschen. Ursprüngliche Erwartungen, dieser Prozess werde sich in einem recht überschaubaren Zeitraum vollziehen, wurden Schritt um Schritt relativiert.

Die Urteile zur inneren Einheit lauten heute zumeist „unvollendet“, oft aber auch „nicht gelungen“ oder gar „misslungen“. Dieses negative Urteil über die innere Einheit wird abgeleitet aus spezifischen Maßstäben und Indikatoren, mit deren Hilfe diese innere Einheit gemessen und bewertet wird: Einstellungen der Ost- und Westdeutschen zu den politischen Institutionen, Bewertungen des Einigungsprozesses, Selbst- und Fremdwahrnehmungen der Ost- und Westdeutschen (vgl. dazu auch Kaase 1999: 455). Die hier bestehenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sind, wie auch alle Umfragedaten belegen, noch immer vorhanden. Von der Selbst- und Fremdwahrnehmung, über das Wahlverhalten bis hin zu grundlegenden Einstellungen und Werteorientierungen.

Vollendet ist – in dieser Perspektive – die innere Einheit erst dann, wenn diese Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen vor allem bei den Einstellungen, möglichst aber auch bei den jeweils typischen Identitäten und Mentalitäten überwunden sind. Die Unterschiede sind demnach das Hindernis auf dem Weg zur inneren Einheit. Dabei liegen die Probleme in dieser Sichtweise vor allem bei den Ostdeutschen, bei ihren Vorstellungen von Gerechtigkeit, von Gleichheit, von staatlicher Regulierung, die im Leitdiskurs als fehlende bzw. zu gering ausgeprägte freiheitlich-demokratische Grundorientierung gedeutet werden.

Man muss diese Einstellungsunterschiede (vgl. auch Falter u.a. 2006) gar nicht gering schätzen. Doch das Grundverständnis von liberaler Demokratie fußt auch auf Anerkennung der Differenz und des Konflikts. Zu diesem gehört seit jeher die liberale politische Programmatik ebenso wie egalitäre Sichtweisen (Linden 2009: 308), also das, was heute im Westen bzw. im Osten des vereinten Deutschlands bei entsprechenden Umfragen (Freiheit-Gleichheit, Liberalismus-Sozialstaatlichkeit) jeweils (etwas) stärker präferiert, aber letztlich nicht konträr entgegen gesetzt wird. Warum sollte nun gerade im deutschen Vereinigungsprozess das eine gegen das andere ausgespielt und als Gefahrenpotenzial interpretiert werden – übrigens von beiden Seiten („Gefahr“ der „Veröstlichung“ bzw. „Verwestlichung“).

Aus der Kulturforschung wissen wir: Die Anerkennung kulturell-mentaler Unterschiede ist geradezu eine Voraussetzung für ein wachsendes Wir-Gefühl. Nicht die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen hinsichtlich Einstellungen sowie Selbst- und Fremdwahrnehmung sind das Problem, höchstens der Umgang mit ihnen. Hier entscheidet sich, ob diese Unterschiede trennen oder vereinen, ob sie zum Hindernis werden oder zur Bereicherung der politischen Kultur beitragen.

Anders als im hegemonialen Diskurs gedeutet, verlangt innere Einheit zweierlei: einen gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Grundkonsens und einen gemeinsamen Willen zur Bildung eines politisch-pluralistischen Gemeinwesens. Und von einem solchen Maßstab ausgehend, ist das Bild des vereinigten

Deutschlands durchaus erfreulicher als es die meisten Urteile zur „Inneren Einheit“ vermuten lassen: Mehrheitlich bejahen Ost- und Westdeutsche die demokratischen Verfassungsprinzipien und ihre Grundwerte, die Demokratie als Idee und Staatsform sowie die deutsche und europäische Einigung. Und beide stehen sich als spezifische Gruppen auch nicht feindlich gegenüber, sondern bekunden ihren Willen zu einem politisch-pluralistischen Gemeinwesen. Zudem sind separatistische Tendenzen nicht wirklich vorhanden.

Auf dieser, natürlich noch nicht gefestigten Basis, gibt es die neue, verbindende Einheit nur in der Verschiedenheit zwischen Ost und West und vor allem auch in Ost und West, nicht aber als harmonisches, konfliktfreies, gleiches Ganzes. Heterogenität erscheint damit als eine neue deutsche und doch zugleich europäische Normalität. Hier müssen Ost- und Westdeutsche gleichermaßen über ihren Schatten springen, wechselseitige Vorbehalte abbauen, sich dialogisch begegnen und sich das jeweils Andere kritisch erschließen. Gleichzeitig gilt es, den tatsächlichen Gefährdungen der Demokratie in Gestalt von „Zuschauerdemokratie“, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sowie den Gefährdungen des sozialen Zusammenhalts in der gesamtdeutschen Gesellschaft infolge alter und neuer sozialer Spaltungen und Ausgrenzungen gemeinsam zu begegnen.

Für eine Schönwetterdiagnose besteht deshalb kein Anlass. Nur: die Probleme und Konflikte der Einheit der Deutschen sollten nicht mehr zuerst dort thematisiert werden, wo sie nicht wirklich bestehen (Unterschiede in Einstellungen und bestimmten Werteorientierungen), und dort verdrängt werden, wo sie real existieren (politische und soziale Spaltung und Konflikthäufung) und sich als Hemmnisse oder gar als Risiken erweisen können. Das Problem der inneren Einheit ist nämlich in Wirklichkeit vor allem ein Problem der politisch-pluralistischen Einheit (s. auch Linden 2009: 310), d.h. der Integration und der Herausbildung eines stabilen politischen Gemeinwesens. Dafür sind die beiden genannten Bezugsebenen – demokratischer Grundkonsens und Willensbekundung zu einem politischen Gemeinwesen – notwendig, jedoch nicht hinreichend. Denn die Herstellung und Stabilisierung der politisch-pluralistischen Einheit Deutschlands bedarf einer strukturellen Gleichheit zwischen Ost- und Westdeutschen. Die seit langem bestehende und mit der Vereinigung noch nicht wirklich aufgehobene strukturelle Ungleichheit (Ungleichgewicht) zwischen Ost- und Westdeutschen ist deshalb ein fortbestehendes Hindernis auf diesem Weg zur politischen Einheit. Denn Vereinigung der Menschen zu einer politisch-pluralen Gesellschaft kann, anders als eine staatlich-institutionelle Vereinigung, letztlich nur unter Gleichen gelingen. Dies hat eine soziale und kulturelle Dimension.

Sozial geht es vor allem um gleiche Zugangs- und Teilhabechancen bezüglich Arbeit, Bildung, Gesundheit, Eigentum, sozialen Aufstiegs, demokratischer

Mitwirkung und -gestaltung. Einheit ist Tolerierung bestimmter Ungleichheiten, aber Problematisierung und Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten und Ausgrenzungen. Von dieser sozialen Einheit sind wir heute noch ein ganzes Stück entfernt.

Kulturell geht es um ein Anerkennungsproblem, das freilich ein wechselseitiges, ein gesamtdeutsches ist. Aber in unserem besonderen Fall ist es doch zuerst ein spezifisch ostdeutsches. In Ostdeutschland haben sich Desintegrations- und Benachteiligungsgefühle (wie berechtigt auch immer) verfestigt (nur ca. 20 Prozent fühlen sich als „richtige Bundesbürger“, über 60 Prozent sehen sich als „Bürger 2. Klasse“). Eine Mehrheit der Ostdeutschen meint, dass das über sie in der Öffentlichkeit kommunizierte Bild nicht zutreffend und nicht fair sei. Ein Urteil, das durch eine Untersuchung der Universitäten Jena, Leipzig und Wien über die Darstellung der Ostdeutschen in den überregionalen Medien bestätigt wird. „Die Ostdeutschen werden nicht auf Augenhöhe wahrgenommen, sie bleiben auch zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall die Anderen“ – wird resümierend festgestellt (Berliner Zeitung vom 23. Februar 2010; vgl. auch Kollmorgen im vorliegenden Band).

Die Lösung kultureller Konflikte dieser Art bedarf einer besonderen Praxis, der von „Anerkennung“ und eines „Dialogs unter Gleichen“. In Bezug auf die Ostdeutschen heißt das Anerkennung der Vielfalt und Unterschiedlichkeit ihrer Lebensleistungen, ihrer Erfahrungen, ihres Eigensinns in der Öffentlichkeit, in den Medien und nicht zuletzt in der (westdeutsch dominierten) Politik. Es bedarf insgesamt eines grundlegenden Wandels in der gesamtdeutschen Kommunikation, Ost- und Westdeutsche gleichermaßen betreffend. Dabei sollten die einen – verkürzt formuliert – selbstbewusster, die anderen selbstkritischer agieren und kommunizieren.

Ein neuer Einheitsdiskurs könnte zur Herstellung der inneren Einheit – verstanden vor allem als politisch-pluralistische Einheit – wesentlich beitragen.

5. Einheitsdiskurs und Zukunftsdiskurs

Einheit versteht sich nicht nur als Vergangenes und Gegenwärtiges, sondern auch als Künftiges. Einheit als ein Zukunftsprojekt sollte jedoch nicht mehr wie bislang als Verwaltung der Vergangenheit und reine Verlängerung der Gegenwart (miss)verstanden werden. Auch nicht nur als ein nationales, gar abgeschotetetes Projekt. Einheit ist nun endgültig zu einem Projekt gemeinsamer Gestaltung eines neuen, eines zukunftsfähigen Deutschlands im europäischen und globalen Maßstab geworden; etwas, was 1989/90 aus unterschiedlichen Gründen keine

mehrheitliche Zustimmung fand und finden konnte. Heute steht diese Herausforderung, diese Aufgabe in neuer Gestalt auf der Agenda.

Dabei geht es um noch nicht gelöste Aufgaben der Einheit, einschließlich des „Aufbaus Ost“. Das betrifft den Umstand, dass in Ostdeutschland noch immer keine selbsttragende, dynamische wirtschaftliche Entwicklung dominiert, dass vor allem das Innovations- und Forschungspotenzial zu schwach ausgeprägt ist, dass die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland und die soziale Einheit noch lange nicht verwirklicht ist. Dies alles wirkt als einigungsbedingte Hypothek fort und harrt der Lösung.

Zugleich geht es aber um neue, nicht einigungsbedingte gesamtdeutsche und europäische Herausforderungen, die nun in den Vordergrund gerückt sind. Nach der insgesamt als Erfolgsbilanz zu veranschlagenden alten Bundesrepublik und den alles in allem gelungenen Start zur Herstellung der Deutschen Einheit stellen sich neue Problemlagen – die Grenzen des alten Wachstumspfad, die Alterung der Gesellschaft, die Überschuldung der öffentlichen Haushalte, die zunehmende soziale Ausgrenzung und Ungleichheit, die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Problemlagen, die an Gewicht gewinnen und das unfertige Werk der Einheit zurückwerfen, wenn auch nicht unmittelbar gefährden können (vgl. auch Holtmann 2009: 9). Notwendig ist deshalb – auch im Interesse der weiteren Gestaltung der Einheit – ein Wandel, der das vereinte Deutschland als Teil Europas und der globalen Welt für das 21. Jahrhundert zukunftsfähig machen sollte.

Im Kern ist dies letztlich ein Ringen um ein neues sozioökonomisches und kulturelles Entwicklungsmodell, das einen nachhaltigen, spezifisch ressourceneffizienten, umweltverträglichen Entwicklungspfad und eine neue soziale und humane Lebensqualität generiert und am Gemeinwohl sowie der freien Entwicklung des Einzelnen orientiert ist. Man könnte dies normativ auch als „Gesellschaft nachhaltiger und solidarischer Entwicklung“ als Alternative zur „fordistisch-industriellen Teilhabegesellschaft“, besonders aber zur „marktradikalen Konkurrenzgesellschaft“ bezeichnen. Dabei geht es weder um eine imaginäre „Gemeinschaft“ noch um die Neuauflage einer (gescheiterten) „Einheitsgesellschaft“, sondern um die „Zweite Große Transformation“ der Moderne mit dem Ziel einer weiterentwickelten modernen, pluralen, sozialökologisch und demokratisch-partizipativ geprägten Gesellschaft (Reißig 2009: 93ff.).

Gerade deshalb gilt: Einheitsgestaltung und Zukunftsgestaltung – beide orientiert an diesem Ziel einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft – sind nun eng miteinander verknüpft und sollten auch im Einheitsdiskurs nicht länger gegeneinander gestellt werden. Das eine wird ohne das andere nicht mehr gelingen. Chancen und Risiken liegen auf diesem neuen Weg dicht beieinander, der Ausgang bleibt offen.

Einheit auf diese Weise „Weiter- und Neu-Denken“ heißt dann auch: Zusammenwachsen durch ein Ost und West verbindendes „Zusammen Wachsen“. Es setzt nicht auf die Divergenzen, sondern auf die Stärken, Erfahrungen und Zukunftspotenziale des „alten Westens“ wie auf die für die Zukunft relevanten spezifischen ostdeutschen Erfahrungen und Potenziale der letzten Jahrzehnte, also zuerst – ohne die Unterschiede und Differenzen zu negieren – auf das Gemeinsame in einem gemeinsamen Transformations- und Gestaltungsprozess auf dem konflikthaften Weg zu einem neuen, zukunftsfähigen Deutschland.

Differenziertheit, Wandel und Zukunftsgestaltung wird zur neuen Normalität des vereinten Deutschlands. Daraus folgt: Statt des bislang dominierenden Einheitsdiskurses primär als Aufhol- und Angleichungsdiskurs geht es nunmehr zuerst um einen Einheitsdiskurs als konflikthaften und anspruchsvollen Wandlungs-, Modernisierungs- und Gestaltungsdiskurs; Einheit also als Ergebnis sich wechselseitig bedingender, unterschiedlicher, aber immer mehr auch gleichförmiger und schließlich zusammenführender Wandlungsprozesse. Einheit ist nach 20 Jahren eben auf neuer und zugleich realistischer Grundlage zu gestalten und zu kommunizieren. Einheit zugleich verstanden in ihrer Differenziertheit und Verschiedenheit, vor allem jedoch in ihrer Zukunftsorientiertheit.

Es spricht vieles dafür, dass das vereinte Deutschland in eine Epoche eintritt, in der das bisherige Erfahrungs- und Orientierungswissen nicht ausreicht, um die Zukunftsherausforderungen zu meistern. Deshalb sollte sich auch ein zeitgemäßer Diskurs zur Einheit daran messen lassen, ob er hilft in diesem Sinne aufzuklären und Neues zu entdecken, statt zu verklären und Altes zu verteidigen, zu öffnen statt zu verschließen, Handeln zu aktivieren statt zu paralisieren.

Literatur

- Beyme, von Klaus (1995): Verfehlte Vereinigung – verpaßte Reformen? In: Holtmann, Everhard/Sahner, Heinz (Hg.): Aufhebung der Bipolarität. Veränderungen im Osten. Rückwirkungen im Westen. Opladen: Leske + Budrich: 41-68.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2009): Die Wirtschaft in Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick, Bestandsaufnahme, Perspektiven. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung (2). Berlin.
- Falter, Jürgen W./Gabriel, Oscar W./Ratzinger, Hans/Schoen, Harald (2006): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. München: Verlag C.H. Beck.
- Holtmann, Everhard (2009): Signaturen des Übergangs. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B28: 3-9.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2009): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2009. Berlin.
- Kaase, Max (1999): Innere Einheit. In: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit 1949-1989-1999. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 454-466.
- Leggewie, Claus (2006): Die Zukunft der Veröstlichung. (Eröffnungsvortrag des Autors auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft zum Thema „Neues Deutschland. Eine Bilanz der deutschen Wiedervereinigung“) In: Blätter für deutsche und internationale Politik (10): 1244-1253.
- Linden, Markus (2009): Innere Einheit. Konjunkturen und Defizite einer Debatte. In: Deutschland-Archiv, 42. Jg. (2): 303-313.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reißig, Rolf (2010): Deutsche Einheit: Weiter- und Neu-Denken. In: Brähler, Elmar/Mohr, Irina (Hg.): 20 Jahre deutsche Einheit – Facetten einer geteilten Wirklichkeit. Gießen: Psychosozial-Verlag: 208-220.
- Reißig, Rolf (2010): Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation. In: Deutsche Einheit. Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ), B30-31: 20-25.
- Roesler, Jörg (1999): Der Anschluß von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß. Frankfurt am Main: Peter Lang.